

Halle Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Abonnententaxe monatlich 12.50, in den Feiertagen abgesehen 14.00 monatlich. Die abgelaufenen Feiertage werden nicht in Rechnung gestellt. In den auswärtigen Vertriebsstellen 15.00 monatlich. In den auswärtigen Vertriebsstellen 15.00 monatlich. In den auswärtigen Vertriebsstellen 15.00 monatlich.

Verlags- und Druckerei: Halle a. S., Neue Promenade 1a und 20a. Druckerei: Halle a. S., Neue Promenade 1a und 20a. Druckerei: Halle a. S., Neue Promenade 1a und 20a.

Stundung der Ausgleichszahlungen bis Juli 1923

Leichtes Nachgeben des Dollars / Aufhebung der neuen Devisenordnung? / Der neue Roggenpreis / Lloyd George über Krieg und Frieden / Schicksal der Orientkonferenz.

Bonar Law's Programm.

Freie Hand für Frankreich!

London, 22. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In politischen Kreisen gilt es als feststehend, daß Bonar Law, nachdem ihn die konservative Partei zum Führer gewählt hat, dem Könige einen Besuch machen und ihm eine Ministerliste vorlegen und die sofortige Auflösung des Parlamentes vorzuschlagen werde. Das neue Ministerium wird nach dem „Evening Standard“ folgendes Programm aufstellen: Geringere Intervention in kontinentalen Angelegenheiten (1), Freundschaft und Entente mit Frankreich als Grundlage der zukünftigen Kontinentalpolitik Englands, Einschränkung auswärtiger Unternehmungen namentlich im Orient, Entwidlung des Vorkriegsmarktes besonders in den Kolonien, Wiederehrung der alten Tradition der bürgerlichen Regierung und Parlamentsbildung, Sparmaßnahme in den Ministerien, Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle über die Ausgaben, Herabsetzung der Steuern, besonders der Einkommensteuer und der direkten Steuern. Die Gruppen unter der Führung von Lord George und Chamberlain werden sich im Parlament wahrscheinlich zusammenfinden, eine Zusammenarbeit, die zur Bildung einer neuen Partei führen kann.

Lloyd Georges Verteidigung.

London, 22. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) In einer Massenversammlung hielt Lloyd George in Leeds eine zweite große Rede. Die Rede war bereits ganz auf den Wehrkampf eingeleitet und ging von dem Schlagwort aus, daß Lloyd George auf Seiten des Volkes gegen die Gefahr, die von berüchtigten Parteien drohe, kämpfen müsse. Er äußerte sich über die Orientkonferenz, die er sich im Kriege und im Frieden um das Land erworben habe. Als eines der größten Verdienste nahm er dabei die Schaffung des Versailles-Vertrages für sich in Anspruch, der das Gängelwerk der Freiheit für Millionen von Menschen (2) geworden sei. Als die wichtigsten Vorzüge dieses Vertrages bezeichnete er die Gründung des Völkerbundes, die Wiederehrung der Weltfriedens- und die Enttarnung von Mitterheims. Die größte Arme, die die Welt jemals gesehen habe, die Europa einschloß und den rassistischen Horizont verfinsterte, liege darüber. Das englische Volk müsse entscheiden, ob die Partei oder er habe die erste Stelle komme. Er trete für das Volk ein, er habe nie so schwer gearbeitet, wie in den letzten Jahren. Jetzt habe er mehr Zeit, da er zu den Erwerbslosen gehöre. Er sei bereit, das Volk zu entscheiden, ob er ihm gut gedient habe oder nicht. Bonar Law habe sich in die Lage eines Richters gebracht, der das Urteil nach sich ziehen, sondern am Schwanz hänge.

Verchiebung der Orientkonferenz.

Paris, 23. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Petit Parisien“ teilt mit, daß Poincaré gestern eine Note an Lloyd George erstattet habe, in der er eine Verchiebung der Orientkonferenz vorschlägt. Die Zeitung schreibt, daß die Argumente Lloyd Georges bemerkenswert seien und daß deshalb eine Verchiebung um eine oder zwei Wochen zu erwarten sei.

Rußlands Ansprüche.

London, 23. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Im Foreign Office ist eine neue Note Tschihrins über die Orientfrage eingegangen, die das Erlaufen der Sowjetregierung ausdrückt, daß ihre erste Note unbearbeitet geblieben ist. Die Note fordert, daß Rußland zur Orientkonferenz und nicht nur zur Meerengenkonferenz eingeladen werde. Die Ansicht der Konferenz, Rußland von der Orientkonferenz fernzuhalten, werde einen Zustand schaffen, der für die internationalen Frieden die schwersten Gefahren in sich birge. Der Versuch, Rußland vor die vollendete Tatsache zu stellen, d. h. die Beschlüsse ohne seine Beteiligung zu fassen, werde Rußland zwingen, die Beschlüsse dieser Konferenz von vornherein nicht anzuerkennen.

Reynauds Beteiligungsvorschlag.

Paris, 22. Oktober. Bei der Interpellationsdebatte in der französischen Kammer hat der Abgeordnete Paul Reynaud nach Einwendungen Poincarés gegen die von Reynaud empfohlene Verdringung mit den deutschen Industriellen ein Programm entworfen, das nach seiner Ansicht eher zum Ziele führen würde. Er führte dabei aus, Deutschland könne keine Verzögerungen leisten, weil es nicht mehr exportieren könne. Die deutsche Industrie zeige nur eine Scheinblüte, und die öffentlichen Arbeiten habe aufgehört. Man könne also nicht von dem ruinierten deutschen Staat, indem man vom Einkommen und Kapital der Großindustrie Zahlungen erzwänge. Seine sei die Lage so ernst, daß Frankreich eine Sonderdelegation entsende an der deutschen Industrie fordern und damit auf deutscher Seite das Interesse wecken müsse, die französischen Anteile mit Gold zurückzuführen. Nach einer Erörterung, in der Poincaré erklärte, daß sich die Reichsnoten auf diesen Vorschlag nicht einigen könnten und daß auch das Bankrotverbot ihn nicht einmal erdretzt

habe, meint Reynaud, bei einem Widerstand Deutschlands müsse man „eventuell mit Hilfe der Ruhr die von Frankreich gewünschte Lösung erzwingen“. Ueberdies sei über Frankreich in der Lage, der deutschen Industrie Vorteile zu bieten, so daß diese ein Interesse daran habe, seine Industrie mit der französischen zu verbinden.

Am Ende!

Dr. Wirth gegen weitere Zahlungen. — Sorge vor Hungerrevolten.

Bonn, 22. Oktober. „Giornale d'Italia“ bringt als Leitartikel ein Interview seines Sauerbrüderleiters Gabuti mit dem Reichstagspräsidenten Dr. Wirth. Der Wert des Interviews liegt darin, daß Dr. Wirth im Verlauf desselben deutlich auspricht, Deutschland könne und werde nicht mehr bezahlfähig sein. Dr. Wirth führte mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung aus:

Die Weltanfrage des Komberg-Dokuments war eine moralische Pflicht. Bonarce forderte mit seinen fortgeschrittenen Anlagereben die Wahrheit heraus. Ebenso falsch sind die Aussagen über den künftigen Markt. Die Kriegerausgabe von Papiergeld ist aber nicht die Ursache, sondern die Folge des Marktzusammenbruchs. Jetzt haben wir keinen Pfennig mehr, alle Devisen sind erschöpft. Der Winter liegt vor der Tür. Es ist kaum genügend Brot bis zum Jahresende vorhanden. Daher werden wir allen Drangungen gegenüber ruhig antworten: Jurist Brot, dann Reparationen! Mehrjahren wissen die Mächte genau, daß wir nicht mehr in der Lage sind, zu zahlen. Europa ist das Opfer einer Verdringung, von einem einzelnen Volke zu verlangen, die Kosten eines Marktzusammenbruchs zu tragen. Die Lösung des Reparationsproblems muß von Selbstlosigkeit und Annehmlichkeit gebunden werden. Nach Brüssel gehen wir, wenn wir eingeladen werden. Aber wir erklären, nicht zahlen zu können. Die Möglichkeit einer Restrukturierung erklärt Dr. Wirth für ausgeschlossen. Die Republik ruhe auf solider Basis, dagegen bestünde die Gefahr einer Revolution im Wirtschaftsplan, hervorgerufen durch Hunger.

Keine Ausgleichszahlungen bis Juli 1923.

Berlin, 23. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Verhandlungen mit den Vertretern der alliierten Ausgleichsämter sind am Sonnabend abend abgeschlossen worden. Die Vertreter der beiderseitigen Ausgleichsämter haben ein Abkommen vereinbart, wonach Deutschland bis zum Juli 1923 von Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit ist. Das Abkommen ist den Regierungen zur Annahme vorzulegen. Die Entschädigung der Reichsregierung wird im Zusammenhang mit der Regelung der allgemeinen Reparationsfragen zu erfolgen haben.

Neue Beratungen über die Devisenordnung.

Berlin, 23. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichskabinett trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen, in der man sich eingehend über die Ertüchtigung der bisherigen Bemühungen, dem Kurssturz der Mark entgegenzuwirken, schlüssig werden wird, ob die neue Devisenordnung ausgedehnt werden wird oder noch der Versuch gemacht werden soll, sie zu verbessern.

Umagepreis für Roggen: 28 300 Mark.

Die neuen Beschlüsse des Reichstagsausschusses. Ein volkswirtschaftlicher Ausschuss des Reichstags erklärte am Sonnabend zu Beginn der Sitzung der Reichsernährungsminister Dr. Behr, daß er sich nicht auf den Boden der gefassten Beschlüsse stellen könnte, und äußerte auch gegen den Gesamtantrag des Zentrums, der eine Verdringung der ursprünglichen Beschlüsse vorliege, Bedenken. Über diesen Antrag mußte erst eine Entscheidung des Reichstags erfolgen. Als Dr. Behr (SoS.) erklärte, daß beide Anträge für keine Partei völlig unannehmbar seien und eine politische Krise hervorzurufen müßten. In der Öffentlichkeit könne der Eindruck entstehen, daß man einen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse etablierte. Als G. Guard (Zent.) bestritt dies. Hierauf zog das Zentrum die bereits angemommenen Anträge zurück und brachte den erwähnten Gesamtantrag der einen Abgrenzung von 28 300 Mark vor, als Hauptantrag ein. Namentlich nahm die Bayerische Volkspartei den ursprünglichen Gesamtantrag wieder auf. Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag bei der Stimmentragung des Zentrums gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Daraufhin wurde der neue Gesamtantrag mit einem Roggenpreis von 28 300 Mark angenommen, ebenso ein weiterer Antrag des Zentrums auf Ermäßigung der Löhne nach Prüfung des Ernteausschusses in Form einer Entschädigung, und zwar ebenfalls gegen die Stimmen der Linken. Weiter wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der für das Umagepreis Dingemittel zu verbilligten Preisen bereitstellen sollte. Endlich fand noch ein Antrag mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien Annahme, wonach bei jeder Veränderung des Rohpreises angetrieben werden soll, wie hierbei das Verhältnis zwischen Inlands- und Auslandsgroßpreisen in Betracht kommt.

Der Verflavungsplan.

Frankreichs neuester Reparationsentwurf.

Wie von uns berichtet, hat am Freitag der vergangene Woche Frankreich den Gegenorschlag auf die englischen Reparationsvorschläge getan. Vorhin überreichte dem Wiedergutmachungsausschuß die französische Delegation, nachdem er — und dies ist bemerkenswert — nochmals in einer intimen Konferenz mit Poincaré den „endgültigen Wortlaut“ des Dokuments festgelegt hatte. Das heißt nichts anderes, als daß diejenigen Vorschläge der Finanzspezialisten, die der Regierung und der Öffentlichkeit in den wachsenden Zuständen Deutschlands entgegen, in letzter Minute geteilt und dafür die politischen Forderungen der Poincaré'schen Regierung eingeleitet wurden. Die Delegation ist jetzt auch danach, sie bemüht sich Frankreich, zur Begründung ihres unerhöhten Standpunktes das „Märchen“ der deutschen Zahlungsunfähigkeit zu erzählen, indem sie unterteilt zwischen dem von der Wirtlichen Erfüllungssplitt angeblich bewährt herbeizuführenden Finanzgrund des Deutschen Reiches und dem blühenden Wohlstand der deutschen Industrie. Mit festhändigem Mund wird das Fehlen von Arbeitslosigkeit und das Vorhandensein des „wirklichen“ Kapitals in Deutschland festgestellt, während die deutsche Regierung demüthigt ihren Bankrott anfragen werde. Diesen Zeitpunkt aber — und hier setzt nun der französische Gegenoffensive ein — diese man nicht abwarten. Das neue Moratorium, das der Vorlesung die John Bauwangs bewilligen sollte, werde beizugehen oder höchstens gegen neue Forderungen gewährt. Die Aussicht auf die Wirtlichen Konferenz wird zwar offen gelassen, aber die französische Regierung erwartet von diesem internationalen Kongress nicht die übliche Welt eine Klärung des europäischen Finanzproblems, sondern „Abmüdungen“, durch die die Ansprüche Frankreichs gestiftet werden.

Man sieht, die französische Regierung stellt genau auf demselben Punkt wie vor vier Monaten und vor vier Jahren. Sie hat nichts gelernt und will nichts vergessen. Ihre kommt es nach wie vor darauf an, auf irgendeine Weise den bösen Willen Deutschlands zu bewahren, am endlich zur offenen Gewalt übergehen zu können. Deutschland will nicht zahlen. Deutschland will nicht, daß seine Regierungsverhältnisse gegen neue Forderungen gewährt. Die Aussicht auf die Wirtlichen Konferenz wird zwar offen gelassen, aber die französische Regierung erwartet von diesem internationalen Kongress nicht die übliche Welt eine Klärung des europäischen Finanzproblems, sondern „Abmüdungen“, durch die die Ansprüche Frankreichs gestiftet werden.

Man sieht, die französische Regierung stellt genau auf demselben Punkt wie vor vier Monaten und vor vier Jahren. Sie hat nichts gelernt und will nichts vergessen. Ihre kommt es nach wie vor darauf an, auf irgendeine Weise den bösen Willen Deutschlands zu bewahren, am endlich zur offenen Gewalt übergehen zu können. Deutschland will nicht zahlen. Deutschland will nicht, daß seine Regierungsverhältnisse gegen neue Forderungen gewährt. Die Aussicht auf die Wirtlichen Konferenz wird zwar offen gelassen, aber die französische Regierung erwartet von diesem internationalen Kongress nicht die übliche Welt eine Klärung des europäischen Finanzproblems, sondern „Abmüdungen“, durch die die Ansprüche Frankreichs gestiftet werden.

Paris, 22. Okt. Während die Pariser Morgenblätter die Delegation unerschrocken rühmen, erwartet der Pariser Sauerbrüderleiter des Paul Reynaud den Präsidenten

